

nomie. Die Festschreibung mittels der Vorschriften des Völkervertragsrechts (S. 164) gebe diesem Gebiet eine andere Rechtsgrundlage als nur nach dem Gesetz der VR China vom 31. März 1993. Wenn dazu der portugiesische Ausdruck „*lei básica*“ verwendet wird, so nur als Übersetzung des englischen „*Basic law*“ für die parallele Situation in Hongkong. Unterhalb der Ebene des von der Zentralen Volksregierung ernannten Regierungschefs existieren Organe, die die legislativen, exekutiven und judikativen Befugnisse Macaus eigenständig ausüben, besetzt durch Bewohner des Sonderverwaltungsgebietes Macau, Art. 24, 25, 27-41 der *lei básica*. Dabei bleiben die Rechte auf politische Teilhabe den ständigen Bewohnern des Territoriums vorbehalten.

Der Verfasser sieht – verhalten optimistisch – in der Gemeinsamen Erklärung einen *usus modernus* des Völkerrechts, der dieses nicht nur als typisches Werkzeug zur Lösung von zwischenstaatlichen Streitigkeiten und als Verfahren zur Abstimmung der sich in diesem Bereich gegenüberstehenden Interessen von Rechtssubjekten begreift. In diesem *usus* könnte ein Ansatz für eine Ausgestaltung der internationalen Gemeinschaft gesehen werden, auf den zumindest in bestimmten außergewöhnlichen Situationen zurückgegriffen werden könnte.

*Gerhard Scheffler, Hamburg*

*Karin Fiedler*

### **Wirtschaftsethik in China am Fallbeispiel von Shanghaier Protestanten**

Zwischen Marx und Mammon

Mitteilungen des Instituts für Asienkunde, Hamburg, Nr. 327

Institut für Asienkunde, Hamburg, 2000, 234 S., € 19,00 (broschiert)

*Sebastian Heilmann*

### **Die Politik der Wirtschaftsreformen in China und Rußland**

Mitteilungen des Instituts für Asienkunde, Hamburg, Nr. 317

Institut für Asienkunde, Hamburg, 2000, 310 S., € 25,00 (broschiert)

*Matthias Fronius*

### **Die Ursachen des taiwanesischen Wirtschaftswunders**

Eine systemische Betrachtung

Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Band 68

Duncker & Humblot Verlag, Berlin, 2001, 245 S., € 69,00 (broschiert)

Der sprunghafte wirtschaftliche Aufschwung in der Volksrepublik China nach den verlustreichen Irrungen des maoistischen Caesarismus provozierte zahlreiche Erklärungsversuche, die sich in die – oft auch in praktischer Politik hochkontroversen – Debatten reihen lassen,

welche seit Marxens analytischem Versuch über eine „asiatische Produktionsweise“ erst den Gründen des sozio-ökonomischen Rückstands der fernöstlichen Region gegenüber dem neuzeitlichen Westen und in unseren Tagen – etwa unter dem Rubrum „asiatischer Werte“ – den Antrieben von deren vielfach rasantem Aufholen nachzuspüren trachteten.

Anfang der neunziger Jahre veranstalteten in Shanghai die Weltbank und die Stadtregierung, die gerade ihr Projekt der Entwicklungszone Pudong auf den Weg gebracht hatte, ein Symposium zur Entwicklungsstrategie, auf dem eine Leuchte der US-amerikanischen Ostasienforschung in gut einstudiertem Chinesisch der überwiegend örtlichen Zuhörerschaft – vielleicht verschmitzt – erläuterte, wie die drei kleinen Wirtschafts-Tiger Taiwan, Hongkong und Singapur zum Erfolg gekommen seien. Der Professor aus dem fernen Neuengland verkündete im Kern, dem ersten hätten die japanischen Kolonialherren von 1895 bis 1945 die Bedeutung von A-r-b-e-i-t vorbuchstabiert, den beiden anderen hätten die Briten beige-bogen, was ‚Ordnung‘ und ‚Disziplin‘ heißen. Während der Redner unbekümmert fortfuhr, wurde es rasch still im Saal. Als der Mit-Vorsitzende, der damalige Bürgermeister und heutige Ministerpräsident Zhu Rongji, zu Fragen einlud, eilte ein Zuhörer zum Mikrophon im Parkett, begann, den Gastredner erregt zu attackieren, und war erst durch mehrfaches Zureden von Mitarbeitern des Bürgermeisters, der die gedeihliche Atmosphäre der Veranstaltung mit dem wichtigen internationalen Geldgeber wahren wollte, zum Ablassen zu bewegen. Der Gelehrte aus Massachusetts dürfte sich an jenem Vormittag in Shanghai kaum Freunde erworben haben. Die Erklärung moderner Entwicklungserfolge in den „konfuzianischen“ Gesellschaften Ostasiens rührt ebenso an kollektive Nerven wie das Brüten über den früheren katastrophalen Rückstand, der China – anders als Japan – nicht erlaubte, den Kanonenbooten der „goldhaarigen und grünäugigen Barbaren“ Einhalt zu gebieten.

Die Dissertation von *Katrin Fiedler* über Shanghaier Protestanten im China der post-maoistischen „Reform und Öffnung“ erörtert mithin ein schwieriges und kontroverses Thema. Neben einleitender Darstellung der mit Max Weber begonnenen Erklärungsansätze zu „protestantische[r] Ethik und de[m] Geist des Kapitalismus“ sowie einem Überblick zur zahlreichen modernen chinesischen Literatur zu gegenwärtigen wirtschaftsethischen Fragen bilden Befragungen, Gruppengespräche und Beobachtungen der Autorin unter Shanghaier Protestanten den empirischen Kern der Arbeit. Mission und Einfluß christlicher Religion in China, nach dem frühen kulturellen *rayonnement* der Jesuiten im kaiserlichen China seit dem Opiumkrieg von 1840-42 zunehmend im Gefolge abendländischer Marineflaggen, konsularischer Hoheitszeichen und europäischer Händler gediehen, wurden trotz mancher segensreicher Wirkungen im Reich der Mitte dort oft als aggressive geistliche Globalisierung wahrgenommen. Zumal angesichts des gespannten Verhältnisses des atheistischen kommunistischen Regimes zur Religion wird eine Rolle von Christen als „Salz der Erde“, aus der Volks-Chinas moderne Wirtschaft wachsen soll, daher besonders akribisch zu erweisen sein. Ob die 28 Partner von Einzelgesprächen in der Untersuchung – wiewohl offenbar der im soziologischen Handwerk empfohlenen Reichweite entsprechend (S. 59) – vom Platz der Christen unter den über zwölf Millionen Einwohnern von Chinas erster

Wirtschaftsmetropole genug Aufschluß geben können, erscheint dem Rezensenten umso zweifelhafter, als mindestens zwölf von diesen 28 kraft der beruflichen Stellung als untergeordnetes Personal einzustufen sein dürften, dem in Shanghais politischer Ökonomie Einfluß kaum zukommen dürfte. Die Arbeit beschreibt so weniger eine meßbare Teilhabe von Christen oder deren Glauben am Reformprozeß in der VR China, gibt aber mit ihrer Darstellung der wirtschaftsethischen Diskussion, deren veröffentlichte Teile die Autorin dankenswert gründlich gesichtet hat, einen aufschlußreichen Einblick in die verwickelten Debatten, zu denen sich eine kommunistische Einparteieregierung genötigt sieht, die aus vielfachen Beweggründen („dem Volke zu dienen“, dem Erhalt eigener Legitimität durch greifbare Erfolge, patriotischer Restauration von Chinas *gloire*) eine ordnungspolitische Kehrtwende vollziehen muß, für die das Rüstzeug des nach außen unverändert behaupteten staatskommunistischen Machtkatechismus sich nicht mehr glaubhaft dienstbar machen läßt. Nicht immer überzeugen die in der Arbeit vorgestellten Kontraste, die in protestantischer Ablehnung von Luxus und Hingabe an mühsame Arbeit eine Triebfeder individuellen und kollektiven Fortkommens sehen, die „weder im klassischen chinesischen noch im sozialistischen Denken existier[e]“ (S 33). Schon Meister Kong dürfte hier widersprochen haben<sup>1</sup>, zahllose strebsame Chinesen Hong Kongs, Taiwans oder Südostasiens, deren kleingewerbetreibende Familien zusammenlegen, um Sprößlingen das Studium in Australien oder Nordamerika zu erlauben, gleichermaßen. Die Frage nach der aktiven Zutat, die einem gesellschaftlichen Gemisch modernisierende Kraft verleiht, bleibt offen; eine Schlüsselstellung „protestantischer Wirtschaftsethik“ auf Chinas Reformwegen hat diese dennoch interessante Arbeit nicht dargetan. Am Rande: Das Wortspiel zur „Bibelitis“ (*shengjingbing*) – vgl. S. 224 – dürfte auf das viel ähnlichere, umgangssprachliche *shenjingbing* (Geisteskrankheit) zielen, nicht auf das förmlichere, gleichbedeutende *jingshenbing*.

Der totalitäre Kommunismus in den mächtigsten Staaten des schon seit langem gespaltenen „sozialistischen Lagers“, China und der Sowjetunion, zerfiel auf äußerlich dramatisch verschiedene Weise. Dies lieferte ein Paar faszinierender Studienobjekte für Voraussetzungen und Strategien des Übergangs aus Planwirtschaften zu marktförmigen und – in der Sicht einiger damit sogar unvermeidlich verbunden – demokratischen Ordnungen. Die wirtschaftlichen Erfolge post-maoistischer Reformen verkehrten zum Teil dabei das frühere Verhältnis, in dem Peking den „großen Bruder Sowjetunion“ (*Sulian lao dage*) in den fünfziger Jahren als Vorbild genommen hatte. Bedienstete russischer Auslandsvertretungen in China etwa sahen zeitweilig einer Rückversetzung nach Moskau ohne Begeisterung entgegen, waren doch dort die Lebensverhältnisse karger als damals in Peking oder Shanghai. Tiefer Skepsis ausländischer politischer Beobachter und Kaufleute zur Zukunft Rußlands stand, steht, – auch in den „Dollarovoten“ der Anleger sichtbar – sonniges Vertrauen in die Aussichten gegenüber, die ein Engagement in „Rot-China“ verspreche. Die macht-

<sup>1</sup> *Lun Yu* (Die Analekten des Konfuzius), z.B. Kapitel III/Absatz 4, VII/Absatz 36, XIV/Absatz 10; vgl. die Übersetzung von D.C. Lau, Confucius, The Analects, The Chinese University Press, Hongkong, 1979.

politische Bedeutung beider Länder verlieh zugleich den Rezepten von Politikberatern aus den Denkfabriken des Westens den Nimbus strategischen Gewichts, ähnlich kriegsentscheidendem Vermögen, feindlichen Funkverkehr zu entschlüsseln – könnte doch ein „richtiger“ Reformkurs mit darüber bestimmen, ob sich diese riesigen Länder friedlich zu internationalen Partnern entwickeln oder – in eruptiven Veränderungen – politische Trümmer auf die übrige Welt schleudern würden.

Professor *Heilmanns* Habilitationsschrift gebührt das Verdienst, die Reformverläufe in China und der Sowjetunion bzw. danach der Russischen Föderation im Rahmen der einschlägigen politik- und wirtschaftswissenschaftlichen Forschung sorgsam verglichen zu haben. Auch wenn russisch- oder chinesischsprachiges Schrifttum zugunsten vornehmlich englischsprachiger Literatur kaum berücksichtigt wurde, zeichnet die Studie ein eindrucksvolles Bild der unterschiedlichen Wege zur Neuordnung in beiden Ländern. Trotz zahlreicher gemeinsamer Ausgangsbedingungen – Einparteiherrschaft und Planwirtschaft – unterschieden sich beide dennoch in für Neuanfänge wichtigen Punkten. So erlaubte die wesentlich geringere planwirtschaftliche Durchdringung und Industrialisierung der chinesischen Landwirtschaft, aber auch der Industrie, in Peking leichter, dezentralisiertes Wirtschaften wieder zu beleben. Zugleich blieb in China die KPCh – anders als die aus der Macht verstoßene KPdSU in der späten Sowjetunion und späteren Russischen Föderation – leninistisch straff organisierte Ordnungskraft, die Rahmenbedingungen unternehmensgebundenen Wirtschaftens eher zu setzen und erhalten vermochte als diverse Machthaber in Moskau. Schließlich war in China gewerbliche Wirtschaft, die – oft mit ausländischem Kapital – neben der staatlichen neu zugelassen wurde, eine weit wichtigere Wohlstandsquelle als der Energieträgersektor (Öl, Gas) im Nachbarland. Tragfähige Bedingungen des Wirtschaftens in herstellenden Branchen wurden so zur Voraussetzung auch korrupter Teilhabe der kommunistischen Nomenklatur Chinas am wirtschaftlichen Aufstieg, während in Rußland die natürlichen Ressourcen durch plündernden Zugriff alter Machteliten versilbert werden konnten, ohne daß dafür tiefgreifender marktwirtschaftlicher Umbau zu betreiben war. Beide Länder stehen in ähnlichen Faktorengeflechten, in denen sie aber hinsichtlich einzelner Entwicklungen – Herausbildung demokratischer Institutionen in Rußland, Anreize zu gesamtwirtschaftlich förderlichem inländischen Wettbewerb in China – unterschiedlich plazierte sind. In China und Rußland gleichermaßen bleibt das oft beschworene „ebene Spielfeld“ für wirtschaftliche Akteure rechtlich und praktisch erst zu schaffen, bleiben tragfähige Individualrechte erst anzuerkennen und zu schützen. Ebenfalls sind in beiden Staaten korrupte und – mehr in Rußland als in China – sogar gewaltkriminelle Zugriffe auf Staat und Gesellschaft während der Phase ungeordneten Wandels zu einem Grad gewachsen, der ihre Beseitigung ohne neuen totalitären Rückfall nicht rasch erlauben wird. Eine „universell gültige Anleitung für die erfolgreiche Bewältigung des Transformationsprozesses zur Marktwirtschaft“ kann aber, resümiert die Studie, „die wirtschafts- und politikwissenschaftliche Theorie (...) nicht an die Hand geben“ (S. 283). Nur am Ende (S. 273) streift der Autor einen perspektivischen Unterschied: In Rußland wurde *grosso modo*

der Abschied von stalinistischem Kommunismus mit Ausnahme bislang randständiger chauvinistischer Strömungen seitens der führenden Personen als Annäherung an euroatlantische Ordnungsmuster begriffen. In China meint die Zielformel vom „Sozialismus mit chinesischen Charakteristika“ erklärtermaßen den Erhalt autokratischer Herrschaft, was zumal durch die „vier Grundprinzipien“<sup>2</sup> im Vorspruch zur Verfassung von 1982 als normativer Bannfluch gegen jede Forderung nach demokratischem Aufbruch konkretisiert ist und für China – im Gegensatz zu Rußland – den künftigen Weg zu freiheitlicher Modernität wenigstens in offizieller Dogmatik als einen Konfliktkurs mit der etablierten Macht vorzeichnet, den Chinas WTO-Beitritt nur verschärfen kann.

Chinas staatliche Einigung datiert geläufig auf das Jahr 221 vor Christus, als innerhalb der machtlos verdämmernden Zhou-Dynastie im Machtkampf der sieben „streitenden Reiche“ das Königreich der Qin seine Rivalen unterwarf und mit der eigenen gleichnamigen Dynastie im Reich der Mitte wieder eine wirksame Zentralgewalt schuf. Spätere Spaltungen führten unter verschiedensten Vorzeichen doch immer wieder zu einheitlicher Herrschaft. Teilstaaten im zerfallenen Reich – oder gegen fremde Eroberer hinhaltend sich behauptende Reste früherer Dynastien, wie die südliche Ming-Dynastie gegenüber den von Norden eingefallenen Mandschu – waren indes sämtlich nach gleichem politischen Muster gestaltet und bewahrten noch in blutiger Sezession den politischen Gleichklang der „chinesischen Welt“<sup>3</sup>. Das Hin und Her dynastischer Trennung, Eroberung oder Wiedervereinigung wurde von der Teilung Chinas nach dem festländischen Bürgerkrieg von 1945-49 zwischen Mao Zedongs Kommunisten und Chiang Kai-sheks Nationalisten erstmals – wenngleich um Jahrzehnte verzögert – strukturell durchbrochen: Der Aufstieg Taiwans, eines Altwassers chinesischer Besiedlung, vom portugiesisch-holländischen Zankapfel und letzter Bastion Ming-zeitlicher Getreuer zum Gegenstand der *mission civilisatrice* des ostasiatische Sonnenplätze erheischenden Japans, zum Vorposten von US-amerikanischem *containment* gegenüber Rot-China und nun zum Wirtschaftswunder-Territorium mit ungewissem völkerrechtlichen Status markiert spätestens seit dem friedlichen Machtwechsel zum Präsidenten Chen Shuibian im Jahr 2000 außerdem eine grundlegende, demokratische Alternative zum säkularen autokratischen Regiment chinesischer Tradition. Ähnlich wie die

<sup>2</sup> Nämlich: „Festhalten am sozialistischen Weg, der volksdemokratischen Diktatur, der Führung durch die KPCh und dem Marxismus-Leninismus sowie dem Mao-Zedong-Denken“; ein Tetralog, den die autoritative Enzyklopädie *Cihai* von 1999 unverändert zum „Born des Staatsbaus Chinas“ (*Zhongguo de liguo zhi ben*) erhebt. Zum ideologischen Gewicht des *Cihai* vgl. *Li Chungping*, *Cihai jishi* [Chronik des *Cihai*], Cishu chubanshe, Shanghai, 2000. Als Versuch einer Generalkritik an der ideologischen Fortentwicklung durch Jiang Zemin vgl. *Bao Tong*, *Yisi he weisheng zhi ji, zai ping san ge daibiao* [Zwischen schon Totem und noch Ungeborenem; eine erneute Kritik der drei Vertretungen], ZHENG MING [Hongkong] 2002 (September), 29 ff.

<sup>3</sup> „*Le monde chinois*“, gängiger Terminus der französischsprachigen Sinologie, kennzeichnet verbal – wiewohl gegenüber dem chinesischen *tianxia* (*all-under-Heaven*) reduktionistisch – handlich jenen Inbegriff ideologischer Einheit von allem chinesisch vorgestellten *imperium*, dem sich auch Abtrünnige jeweiliger Dynastien offen oder doch schlüssig verpflichtet gaben.

Auflösung der Sowjetunion liefert der Vorstoß Taiwans in die vorderen Reihen der Weltwirtschaft polit-ökonomischen Theoretikern einen empirischen – wenngleich grätenreichen – Leckerbissen: Taiwans Erfolgsgeschichte seit 1949 erweckt Interesse als mögliches Vorbild für eine aufholend sich entwickelnde „Dritte Welt“ ebenso wie als eine Vorform der Zukunft des festländischen Chinas und damit als mögliches Ziel des ungewissen Wandels, dem sich die Führung der VR China seit dem Ende des Mao-Régimes verschrieben will.

Die Dissertation von *Matthias Fronius* bietet einen gut lesbaren Überblick zur Vorgeschichte der modernen taiwanischen Eigenständigkeit seit 1949 und insbesondere zu den hauptsächlichen Erklärungsversuchen für den spektakulären Weg der *Ilha formosa* vom öden Eiland zum hochtechnologischen Wachstumspol. Einleitend beschreibt der Autor die Entwicklung Taiwans seit dessen Abtretung an Japan im Jahr 1895 bis in unsere Tage. Anschließend werden die gängigen theoretischen Erklärungskonzepte – das „neo-klassische“ mit dem Akzent auf freiem Außenhandel und staatlicher Zurückhaltung im Wirtschaftsleben, das „revisionistische“ mit dem Akzent auf staatlicher Lenkung, das „synkretistische“ der Weltbank und das Asien-wissenschaftlich geprägte „kulturalistische“ – vorgestellt und auf ihre Erkenntniserträge hin geprüft. In einem eigenen – „systemischen“ – Ansatz versucht der Verfasser schließlich, die von den anderen Ansätzen zu isolierter Wirkungsmacht erhobenen Faktoren der taiwanischen Entwicklung in einen gemeinsamen Zusammenhang zu stellen. Die ausschließlich westlich-sprachige Quellen verwertende Arbeit leidet kaum unter dem Ausschluß chinesisch- oder japanisch-sprachiger Literatur<sup>4</sup> und demonstriert zugleich die Schwierigkeiten, den Entwicklungsprozeß Taiwans im Nachhinein befriedigend zu erklären, geschweige denn aus ihm anleitenden Wert für künftige Politik zu gewinnen. Die Gesamtschau der Faktoren, die der Autor selbst versucht, erinnert aber an andere Orte, wo sich kleine politische Gebilde unter hohem Druck und Ungewißheit ums Überleben sorgen mußten. Israel, Singapur, Süd-Korea oder Hongkong mußten alle zur Zukunft schmale Pfade gehen, an deren Rändern Abgründe gähnten. Das Bewußtsein, bei Strafe der Vernichtung nicht grob fehlzutreten zu dürfen, veranlaßte die auch nach ihrer Flucht nach Taiwan weiter vom Festland bedrohte, durchaus autokratische Nationalistische Partei (KMT) Chiang Kai-sheks zu später politischer Klugheit, die ihr, als sie sich der Macht auf dem Festland noch gewiß wähnte, nicht gekommen war. Verdienst der KMT ist es, die Potentiale chinesischer Lernkultur, infrastruktureller Hinterlassenschaft Japans und geo-strategischer Bedeutung der Insel für die USA zu einer Politik genutzt zu haben, die Taiwans Bewohnern erlaubte, ihre Ressourcen erfolgreich zu mobilisieren. Angesichts der Herrschaftsansprüche Pekings bleibt jedoch Gratwanderung zwischen

4 Kleine Irrtümer, wie die Annahme, „die Schriftsprachen Japans und Taiwans [seien] ähnlich genug, so daß ein Chinese problemlos eine japanische Zeitung lesen kann“ (S. 168), fallen für die Schlußfolgerungen der Arbeit nicht ins Gewicht. Dennoch ist lange nach dem Ende der japanischen Kolonialzeit auch unter Jüngeren das Interesse an japanischer Sprache und Kultur in der Tat groß geblieben.

Wohlstand und Untergang für die politischen Nachfolger Chiangs auf absehbare Zeit unentrinnbare Erblast.

Wolfgang Kessler, Berlin

*Florian Kutz*

**Amnestie für politische Straftäter in Südafrika**

Von der Sharpeville-Amnestie bis zu den Verfahren der Wahrheits- und Versöhnungskommission

Berlin Verlag Arno Spitz, Berlin, 2001, 322 S., € 45,00

Politische Systemwechsel können in einer Gesellschaft (und bei jedem einzelnen Betroffenen) ganz unterschiedliche Reaktionen hervorrufen. Das Spektrum reicht dabei von Vergeltung gegenüber ehemaligen Machthabern bis hin zu Versöhnung mit den für schwere Menschenrechtsverletzungen Verantwortlichen. In den meisten Fällen wird sich der nach einem staatlichen Neuanfang eingeschlagene Kurs jedoch – abhängig von der Intensität des vorangegangenen Unrechts und der neuen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Kräfteverteilung – irgendwo zwischen diesen beiden extremen Koordinaten einpendeln. Die beunruhigenden Entwicklungen in Simbabwe zeigen außerdem, dass die Schatten der Vergangenheit innenpolitische Konflikte auch nach vielen Jahren erneut aufbrechen lassen und die Grundlagen eines zunächst gefundenen Konsenses erschüttern können.

Ein Beispiel für eine solche Gesellschaft im Übergang ist Südafrika. Das Land, jahrzehntelang von einer weißen Minderheit dominiert, versucht seit 1990, die politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und sozialen Folgen von Apartheid zu bewältigen. Dabei deuten die erst kürzlich von Opfern der Rassentrennung in New York geltend gemachten Schadensersatzforderungen darauf hin, dass auch die Südafrikaner trotz aller Fortschritte die „historic bridge between the past of a deeply divided society characterised by strife, conflict, untold suffering and injustice, and a future founded on the recognition of human rights, democracy and peaceful co-existence“ (so der Abschnitt über „National Unity and Reconciliation“ in der Verfassung von 1993) noch nicht sicher überschritten haben. Die in Berlin vorgelegte Arbeit von Florian Kutz wirft ein Licht auf diesen Prozess. Der Verfasser lenkt den Blick dabei auf einen der schmerzhaftesten Kompromisse, den das vom charismatischen Nelson Mandela propagierte und von der großen Mehrheit seiner Mitbürger angenommene Ziel der gesellschaftlichen Versöhnung vielen unmittelbar Betroffenen abverlangt hat und weiterhin abverlangt wird: Amnestie für politische Straftäter im Austausch gegen die Aufklärung ihrer Verbrechen.

Von der südafrikanischen Übergangsverfassung als einer der tragenden Pfeiler gesellschaftlicher Versöhnung (*reconciliation*) und staatlichen Wiederaufbaus (*reconstruction*)